

Alternative politische Bildung für Deutschland

Die AfD und ihr bildungspolitischer Aufbruch

Die AfD – die „Alternative für Deutschland“ – macht nicht nur im Parteienstreit, sondern auch im Bildungswesen von sich reden. Ihre Anliegen und Aktivitäten in Sachen politische Bildung hat jetzt eine Recherche untersucht, die im Auftrag des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) durchgeführt und im Juni 2017 veröffentlicht wurde. Sie kommt zu dem Schluss, dass das Movens der Partei ein nationalistisches Denunziationsinteresse ist, passend zum Idealismus alternativer politisch-pädagogischer Indoktrination. Die Ergebnisse der Untersuchung „Für einen schwarz-rotgoldenen Schlussstrich“ finden sich in Nr. 2/17 der Zeitschrift Außerschulische Bildung (dort auch genauere Quellenangaben): https://www.adb.de/zeitschrift_ab. Die wichtigsten Punkte werden im Folgenden resümiert.

Der Rechtstrend, das Erstarken von Rechtspopulismus, -radikalismus oder -extremismus, beschäftigt die schulische wie außerschulische politische Bildung intensiv. Umgekehrt gilt übrigens dasselbe. Für die AfD z.B. ist politische Bildung ein Thema mit hoher Priorität. Das betrifft provokative Einzelaktionen wie die Dresdener Rede von Thüringens AfD-Chef Höcke Anfang 2017, in der er eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad forderte und damit auch innerparteiliche Kontroversen auslöste – die allerdings eher zur Stärkung als zur Schwächung seiner Position führten. Und es gilt hinsichtlich der Krisendiagnose und Rettungsstrategie, die die Partei anzubieten hat.

Bundesebene

Die AfD hat sich bekanntlich der nationalen Sache verschrieben und sieht in der regierungs-offiziellen Haltung gegenüber dem Ausland – ursprünglich der europäischen Währungsunion – und den Ausländern – speziell seit Merkels Flüchtlingspolitik 2015f – das entscheidende Politikversagen. Das soll nicht mehr allein vom oppositionellen Standpunkt einer besseren (Personal-)Alternative bekämpft, sondern als ein Verbrechen an Staat und Volk gebrandmarkt werden. In diesem Sinne fasst die Partei in der Präambel ihres Grundsatzprogramms ihren Gründungsimpuls zusammen: „Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen.“ (AfD 2016, 6) In der Krisendiagnose spielt die politische Bildung eine zentrale Rolle, wie jüngst noch einmal das Wahlprogramm 2017 deutlich gemacht hat.

Die Deutschen leben der AfD zufolge in einer Art Unrechtsregime, in dem sich die „unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt“ hat (ebd., 8). Dass der Demokratieabbau fast unbemerkt und unwidersprochen über die Bühne geht, sei das Werk einer quasi totalitär agierenden politischen Klasse. Die Diagnose enthält auch eine eindeutige Schuldzuweisung an die politische Bildung: „Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen.“ (AfD 2017, 7)

Dass die AfD in diesem Konstrukt der Bildungsarbeit einen prominenten Platz zuweist, ist Teil eines strategischen Konzepts. Es

**Es geht der AfD nicht darum,
die Lage abzubilden und zu analysieren,
sondern Schuldige zu identifizieren**

geht ihr nicht darum, die Lage abzubilden und zu analysieren, sondern Schuldige zu identifizieren: neben den „Volksverrätern“ an der Macht die „Volksverführer“, die ihnen zuarbeiten. Mit der Realität der Bildungsarbeit – die natürlich vom Staat gefördert und beaufsichtigt wird, auch wenn sie in „freier“ Trägerschaft stattfindet – hat das kaum etwas zu tun. Alle Expertisen, Umfragen oder Evaluationen der letzten Jahrzehnte sind sich darin einig, dass politische Bildung, wie sie hierzulande in ihren verschiedenen Abteilungen betrieben wird, gerade nicht die Bevölkerung im Griff, sondern die größte Mühe hat, sie zu erreichen. Der Politikunterricht führt ein Randdasein, die Angebote politischer Jugend- und Erwachsenenbildung sind ein Nischenprodukt – wie sich die Weiterbildungsteilnahme ja überhaupt in überschaubarem Rahmen bewegt –, das politische Interesse bei Jugendlichen ist, bei gewissen konjunkturellen Schwankungen, gering (jedenfalls im Blick auf den institutionalisierten Betrieb), ebenso die klassische Informationsaufnahme, die meist durch ‚Politainment‘ ersetzt oder durch neue Medienangebote verdrängt wird. Und was die außerschulische Szene betrifft, erhält staatliche Förderung zwar in vielen Fällen Initiativen am Leben, aber ein großer Teil der pädagogischen Arbeit, gerade in Gedenkstätten oder Geschichtswerkstätten, geht auf zivilgesellschaftliches Engagement zurück, das meist abseits des Politikbetriebs entstanden ist.

Es muss aber eine Manipulation des guten deutschen Volkskörpers stattgefunden haben, so die AfD. Das Volk, das ihre Berufungsinstanz ist, denkt und handelt mehrheitlich ja gerade nicht im Sinne der Partei, folgt vielmehr antinationalen Kräften. Es ist gespalten, kennt ganz andere Bedürfnisse als die Volkstumspflege, öffnet sich z.B. für eine „Willkommenskultur“. Wenn ein rechter Politiker beim Blick ins gesellschaftliche Leben die Volksgemeinschaft ver-

misst, wird er jedoch nicht an seinem Ideal irre und nimmt etwa den Tatbestand der sozialen Spaltung – die ökonomische Ungleichheitstendenz, die seit einiger Zeit öffentliches Dauerthema ist – zur

Kenntnis, sondern wirft eine Schuldfrage auf. Er fahndet nach Kräften, die den wahren Zusammenschluss der Volksgenossen verhindern, und kann logischer Weise nur in einem Einfluss, der letztlich aufs Konto des Auslands oder der Ausländer geht, fündig werden sowie in einheimischen Komplizen, die dem ihre Hand leihen. Die Prämisse ist das Fazit: Das deutsche Volk ist gut, es ist nur verführt, und zwar durch die volkspädagogische Indoktrinierungskunst einer professionellen Truppe, die sich dem Parteienkartell zur Verfügung stellt.

Die sonstigen Äußerungen der AfD zum Thema Bildung fallen nicht groß aus dem Rahmen. Die Partei „fühlt sich“ z.B. „dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet“ (AfD 2016, 52), setzt sich für ein „nach Bega-

bungen differenziertes Schulsystem“ (AfD 2017, 38) ein, in dem „uneingeschränkt das Leistungsprinzip“ gilt (AfD 2016, 53). Oder sie gibt Statements ab, die man von Bildungsministern schon tausendfach gehört hat: „Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell...“ (AfD 2017, 38). Was die Bundespartei zur politischen Bildung in der Schule äußert, könnte aus den üblichen Richtlinien abgeschrieben sein oder variieren den Beutelsbacher Konsens. Das Klassenzimmer darf demnach kein Ort der Indoktrination sein. Aber, so lautet der Befund zur Komplettierung der Manipulationsthese: „An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Ziel der schulischen Bildung muss jedoch der eigenverantwortlich denkende Bürger sein.“ (AfD 2016, 54; AfD 2017, 39)

Dass die Bilanz bildungspolitischer Reformen – der neuen Lernkulturen, der Kompetenzorientierung – negativ ausfällt, dass gegen „eine Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens“ (AfD 2017, 38) Stellung bezogen wird, ist ebenfalls kein rechtes Spezifikum. Die inhaltliche Besonderheit der Partei wird wieder da bemerkbar, wo sie sich gegen „bekenntnisgebundenen“ Islamunterricht, Diversity, Gender Mainstreaming wendet oder zur Bewahrung des traditionellen Familienbildes aufruft. Ein entscheidender Punkt findet sich unter der Rubrik Kultur, wo die AfD ebenfalls einen schädlichen Einfluss des von

**Die Prämisse ist das Fazit:
Das deutsche Volk ist gut, es ist nur
verführt, und zwar durch die volkspäd-
agogische Indoktrinierungskunst**

**Die inhaltliche Besonderheit der
Partei wird da bemerkbar, wo sie
sich gegen „bekenntnisgebundenen“
Islamunterricht, Diversity und
Gender Mainstreaming wendet ...**

ihr identifizierten Machtkartells ausgemacht hat. Es geht in der Sache um historisch-politische Bildung und um den inhaltlichen Kern des Manipulationsvorwurfs: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (AfD 2016, 48) Diese Positionsbestimmungen liefern die Stichworte für Initiativen, die die Partei auf Landesebene, speziell in den zehn Landesparlamenten, in denen sie (bis Frühjahr 2017) vertreten ist, entfaltet.

Landesebene

Hier erfolgen zahlreiche Eingaben, Anfragen oder Anträge, auch Statements von AfD-Politikern, die sich mit dem fehlgeleiteten Demokratieverständnis der anderen Parteien auseinandersetzen. Lehrpläne oder pädagogische Materialien spielen dabei eine Rolle, Leitbilder einer freien Wahl der sexuellen Orientierung gelten als Indoktrinierungsversuche. Die Partei bekennt sich in ihrem Programm ja „zur traditionellen Familie als Leitbild. Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom ‚Gender-Mainstreaming‘ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen.“ (Ebd., 41) In Einzelfragen gibt es dabei Pluralität, was sich auch in der Wahl der Spitzenkandidatin Weidel ausdrückt.

Wie die Partei das Thema Homosexualität aufgreift, demonstriert etwa das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Gegen die Vorstellung einer Homo-

... werden die Adressaten auf die deutsche Leitkultur oder das traditionelle Familienleitbild verpflichtet, liegt Bildung und keine Indoktrination vor

sexuellenstudie durch die Bundesfamilienministerin protestierte die AfD-Politikerin Arppe: „Mit endlosen Pseudostudien in unlesbarer Gender-Sprache wird nicht eine einzige Gewalttat gegen Homosexuelle verhindert. Die Autoren segeln dabei auch meilenweit an der Realität vieler Homosexueller vorbei.“ Vor allem die Masseneinwanderung zumeist muslimischer Asylsuchender stelle eine Bedrohung dar: „Die Homosexuellenfeindlichkeit von Asylbewerbern und Einwanderern aus anderen Kulturkreisen kommt in der Studie überhaupt nicht vor.“ Nachdem so viel Herz für Homosexuelle gezeigt wurde, muss jedoch klargestellt werden, dass die Forderung der Studie, „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ fächerübergreifend in den Schulalltag zu integrieren, nicht erfüllt werden kann: „Hier soll die menschenverachtende Gender-Ideologie samt der schamverletzenden Frühsexualisierung von Kindern durch das Hintertürchen in den Unterricht gebracht werden.“ Dabei sei es „bizarr“, ausgerechnet Homosexuelle vorzuschieben, wenn es darum gehe, die Auflösung der Geschlechter zu propagieren. „Wer Homosexuelle wirklich vor Gewalt schützen will, sorgt dafür, dass

endlich mehr Polizisten auf die Straße kommen... Mit Gender-Kursen, linksextremer Propaganda und pseudowissenschaftlichen Studien wird stattdessen nur das Geld der Bürger verbrannt.“

Das Muster, das sich auch bei der politischen Bildung zeigt, besteht darin, dass jede Belehrung, jede Informationseingabe, jedes Angebot zur Urteilsbildung, jede Aufforderung zur Reflexion, jede Verunsicherung festgefügtter Vorurteile als Indoktrination gilt – wenn und insofern die von der AfD favorisierten Werte nicht im Mittelpunkt stehen. Werden die Adressaten dagegen auf die deutsche Leitkultur oder das traditionelle Familienleitbild verpflichtet, liegt Bildung und keine Indoktrination vor.

Einerseits ist der Politikunterricht im Visier. In einzelnen Bundesländern gab es z.B. Anfragen seitens der AfD zu Arbeitsblättern, in denen die Partei sich falsch dargestellt sah. Vorwürfe wurden von einzelnen Abgeordneten

Vorwürfe wurden von einzelnen Abgeordneten vorgebracht, dann bundesweit durch die Junge Freiheit als Skandal ausgerufen

vorgebracht, dann bundesweit durch die *Junge Freiheit* als Skandal ausgerufen. Der banale Umstand, dass über die Partei anhand der Diskussion in den Medien berichtet wurde, dass die AfD also den Politikunterricht nicht nach eigenen Vorgaben zur Selbstdarstellung nutzen konnte, sollte als Skandal gelten. Die Alternativpartei erhielt Aufmerksamkeit, wurde nicht totgeschwiegen; bevor das Programm stand, wurde schon über dessen Erarbeitung anhand von Artikeln aus *SZ* oder *Zeit* informiert – für die AfD alles Beispiele, dass die praktizierte Bildung Indoktrination ist. Und während hier noch auf konkretes Material Bezug genommen wurde, beriefen sich andere Beschwerdeführer einfach pauschal auf die laut gewordenen Klagen. In Thüringen hat sich die AfD auf das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ eingeschossen. Zu dessen verbesserter Ausstattung 2016 erklärte die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion, die Landesregierung zeige, „dass Rot-Rot-Grün bei der Indoktrination unserer Kinder vor nichts zurückschreckt. Die Themen der geförderten Veranstaltungen sind einseitig ideologisch ausgerichtet: Etliche Projekte beschäftigen sich mit Rechtsextremismus, Flucht und Asyl, sexueller Orientierung oder Islamfreundlichkeit. Kein einziges richtet sich gegen Linksextremismus, Islamismus oder andere Formen des Extremismus. Für die Familie oder andere Grundwerte unserer Gesellschaft wird kein einziges Mal geworben. Dann meint die Landesregierung, dass die politische Neutralität gewahrt sei, obwohl beispielsweise die Broschüre ‚Rechtspopulismus‘ der Bundeskoordination Schule ohne Rassismus sich in einem eigenen Kapitel mit der AfD beschäftigt. Die Doppelzüngigkeit der Landesregierung ist eine Gefahr für unsere Demokratie, insbesondere, wenn schon Kinder darunter leiden.“ Die AfD-Fraktion beobachtet zudem Kooperationen von schulischer und außerschulischer Bildung und macht einzelne Fälle zum Thema, wenn sie nach dem obigen Schema als einseitig zu diskreditieren sind, wenn z.B.

„die Landesregierung die uns allen bekannte Amadeu-Antonio-Stiftung in die Schulen (schleust)“ oder wenn die „Förderung einer ‚linksradikalen Meinungspolizei‘ aus Mitteln des Landes“ droht.

Ein intensiv beackertes Feld sind andererseits die außerschulischen Abteilungen, Jugendarbeit und Jugendbildung, zudem die Erwachsenenbildung. Interventionen richten sich gegen Landeszentralen und Fördermittel aus Landesplänen, sie nehmen dabei gezielt zivilgesellschaftliche Aktivitäten ins Visier. Ein typisches Statement gab z.B. die AfD-Landtagsabgeordnete Wilke zum Antrag der Linkspartei „politische Erwachsenenbildung in Sachsen stärken“ ab. Der abgelehnte Antrag demonstrierte, so die AfD, „das ganze Elend unserer politischen Kultur: Den Altparteien geht es nur um die Beeinflussung der Bürger mit ihrer eigenen Meinung – keine Spur von Kontroverse und Diskussionskultur. In einer Demokratie brauchen wir aber den Freiraum für selbstbestimmte Erfahrungen ohne staatlich alimentierte Besserwisser... Bei der politischen Bildung geht es nicht nur um Wissensvermittlung, sondern um den Austausch von Meinungen und der Toleranz gegenüber anderen Positionen.“ Inter-

... die AfD, die für die deutsche Leitkultur und christlich-abendländische Werte eintritt, lehnt die Einschwörung auf einen einheitlichen Wertekanon ab, sobald dies von anderer Seite ins Spiel gebracht wird

essant, dass eine Partei wie die AfD, die für die deutsche Leitkultur und christlich-abendländische Werte eintritt, die Einschwörung auf einen einheitlichen Wertekanon ablehnt, sobald dies von anderer Seite ins Spiel gebracht wird bzw. werden könnte. Der Beweis für die Vergewaltigung freier Meinungsbildung ist dabei schnell erbracht: Die AfD braucht nur darauf hinzuweisen, dass Bildung staatlich gefördert wird, schon ist der Verdacht bestätigt.

Wie wenig die Partei von freier Urteilsbildung hält, zeigt sich im Wahlprogramm 2016 in Sachsen-Anhalt: „Schule ist auch eine Sozialisationsinstanz. Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist.“ In dieser Hinsicht – wenn es um „preußische Tugenden“ geht, auf die auch Höcke in seiner Dresdener Rede ein Loblied sang – kann also das Lehrpersonal gar nicht genug Autorität besitzen, um sich gegenüber dem widerspenstigen ‚Schülermaterial‘ durchzusetzen. Und die im Wahlprogramm (AfD 2017, 38) abgelehnte „Kompetenzorientierung“ geht dann als Tugendorientierung voll in Ordnung.

In Berlin, Mainz, Hannover, Magdeburg oder Stuttgart macht die AfD Stimmung gegen die Landeszentralen für politische Bildung. Im Kuratorium der baden-württembergischen Landeszentrale ist sie mittlerweile vertreten, nachdem sie dort zunächst eine massive Mittelkürzung beantragt hatte, die de facto wohl auf eine Abschaffung der Institution hinausgelaufen wäre. Auch hier will die Partei dafür sorgen, dass keine „Einseitigkeit“ in der Bildungsarbeit entsteht. Bezogen aufs Hauptthema deutsche Erinnerungskultur heißt das: nicht immer auf die Schattenseiten der deutschen Geschichte, auf die Jahre 1933-45, blicken! Die Stuttgarter AfD-Fraktion beantragte z.B., die Förderung von Bildungsmaßnahmen in Kooperation mit einer NS-Gedenkstätte „im fernen Ausland“ (im französischen Gurs!) einzustellen. Begründung: „Wie keine andere Partei steht die AfD für eine ausgewogene Erinnerungskultur. Eine einseitige Betonung der dunklen Geschichtskapitel bei gleichzeitiger Verdrängung unserer historischen Leistungen lehnen wir ab.“ Heranwachsende sollten die Möglichkeit haben, „sich auch positiv mit unserem Land und seiner Geschichte zu identifizieren“.

Die Zweiseitigkeitsforderung wird genau so in anderer Hinsicht verwendet. Wenn die AfD eine Anfrage zur Förderung eines „Netzwerk gegen Rechts“ stellt, fragt sie gleich danach, welche Mittel im Haushalt komplementär „gegen Links“ eingesetzt werden. Das setzt sich dann fort in Fragen nach dem Ausmaß des Linksextremismus oder der Förderung der Linksjugend (z.B. im sächsischen Landtag). In Hamburg betrieb die AfD-Fraktion viel Aufwand, um das mit öffentlichen Geldern geförderte Bürgerhaus Wilhelmsburg als Tagungsort verfassungsfeindlicher Organisationen zu outen. Der Stiftungsrat des Bürgerhauses hatte zuvor mitgeteilt, dass er der AfD keine Räumlichkeiten zur Verfügung stelle, da andernfalls die über Jahre gewachsene Alltagsarbeit als Bürger- und Begegnungsstätte erschwert werde. Aufgrund der „Ungleichbehandlung bei der Raumvergabe“ reichte die AfD-Fraktion dann eine neue parlamentarische Anfrage ein, die auf die Entfernung „linksextremer“ Gruppen zielte. Eine ähnliche Anfrage gab es z.B. im Landtag Rheinland-Pfalz zum „Haus Mainusch“, das auf dem Campus der Universität Mainz in studentischer Initiative betrieben wird.

**Die Partei will dafür sorgen,
dass keine „Einseitigkeit“
in der Bildungsarbeit entsteht**

Nun kann man einerseits den Ärger der AfD verstehen, dass sie in einem Bürgerzentrum nicht unterkommt. Und der AfD das Wort zu verbieten, ist natürlich keine sinnvolle Form der Auseinandersetzung. Solange es beim Diskurs bleibt, sollte sich die Partei gnadenlos aussprechen. Auf der anderen Seite ist aber gerade die AfD, wie ihre parlamentarischen Initiativen zeigen, darauf abonniert, solche Ausschlüsse einzufordern, und geht dabei derart rabiatisch vor, dass sogar Protest von der CDU kommt. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Poggenburg im Landtag von Sachsen-Anhalt bezeichnete Linksextremisten als „Wucherungen am deutschen Volkskörper“, die es „loszuwerden“ gelte (FAZ, 4.2.2017). Er verlangte, „linksextre-

me Lumpen“ müssten „von deutschen Hochschulen verbannt und statt eines Studienplatzes wieder praktischer Arbeit zugeführt werden“.

Fazit

Die Spezialität der AfD besteht darin, das Meinungskartell der „Altparteien“ bloßzustellen: Das Stattfinden von politischer Bildung, die staatlich gefördert wird, gilt per se als Beweis, dass eine Manipulation des Publikums erfolgt. Dabei ist es unbestritten, dass ein staatliches Interesse an Steuerung der pädagogischer Arbeit besteht, wie auch seit der Wiedervereinigung wiederholt thematisiert. So war von einem „Vereinnahmungsprozess“ der DDR-Pädagogik die Rede, die Transformation habe sich insgesamt in einem „Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und Kolonialisierung“ abgespielt (Schillo 2007, 942). Aus kritischer Perspektive wurde überhaupt das staatliche Interesse an „Formierung“ des pädagogischen Feldes unter die Lupe genommen (vgl. Ahlheim/Schillo 2012). Bei der AfD aber ist von einer Analyse solcher Tendenzen nichts zu finden, es geht um die Bebilderung des Topos vom „politischen Kartell“.

Die Spezialität der AfD besteht darin, das Meinungskartell der „Altparteien“ bloßzustellen

Die Lage der Bildungsarbeit ist gerade dadurch charakterisiert, dass der Staat sie nicht „in Händen hat“. Die Gleichsetzung des politischen Auftrags mit dem Selbstverständnis der Bildungspraxis sowie der Praxis mit einem Zugriff aufs Volksbewusstsein ist eine Fiktion. Es existiert vielmehr ein Spannungsverhältnis, in dem sich fördernde Stellen, gesellschaftliche Träger, politikdidaktische Konzepte, pädagogisches Selbstverständnis und mehr oder weniger kompatible Publikumserwartungen aneinander abarbeiten. Dabei sei nur am Rande erwähnt, dass die Idee der Manipulation selber eine Ideologie ist: Es gibt keinen Zugriff auf den Willen eines Menschen unter Umgehung seines Bewusstseins; seine Bewusstseinsinhalte muss jeder schon selber denken, auch wenn er sie als Fertigprodukte aus dem Supermarkt des Zeitgeistes bezieht.

Dass die AfD heutzutage mit dem Indoktrinationsvorwurf auftritt und auf Resonanz stößt, ist ein fatales Erbe aus der politischen Kultur und der Selbstkritik des Bildungsbetriebs. Ende des 20. Jahrhunderts begann dort die Polemik gegen die „Belehrungskultur“ oder gegen die „missionarische Bildung“; die 68er wurden als selbstherrliche Aufklärer identifiziert, die sich ungeheuerlicher Weise anmaßen, gegen ein „falsches Bewusstsein“ vorzugehen; Aufklärung wurde als eine „oberlehrerhafte“ Attitüde diskreditiert, die die Adressaten für Gesellschaftsveränderung, für „Utopien“ in Beschlag nehmen wolle, statt ihnen „kundenorientiert“ die notwendigen Kompetenzen für den modernen Daseinskampf zu vermitteln. AfD-Petry hat z.B. im *Zeit*-Streitgespräch (26.1.2017) mit Göring-Eckardt diese Vorwürfe erneuert und an die Grünen als ehemalige Anti-Establishment-Partei adressiert. Diese wollten

„Utopien verkaufen“ und die „Vision vom neuen Menschen fortschreiben... Aber der Mensch ist, wie er ist. Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft sollte ihn nicht umerziehen.“ Die AfD interveniert also gar nicht mit einer neuen Idee in den eingespielten Betrieb politischer Pädagogik, um die Verhältnisse umzukrempeln. Sie bedient sich vielmehr der Gemeinplätze, die sich dort im Laufe der Jahre angesammelt haben.

Der Vorwurf der Indoktrinierung gehört ja überhaupt zum Repertoire der staatlichen Bildungsförderung – „Agitation und Indoktrination“ schließt diese in ihren Richtlinien kategorisch aus. Natürlich kann man dieses Verdikt an den staatlichen Auftraggeber zurückgeben. Fatal ist z.B., dass AfD, PEGIDA und andere rechte Initiativen in der politischen Bildung – so weit es den Auftrag, nicht unbedingt die konkrete Praxis betrifft – als Extremismus und im Rahmen von Extremismusbekämpfungsprogrammen ins Visier genommen werden. Der Kampf „gegen Rechts“ versteht sich auf weite Strecken als eine Art Immunisierungs- oder Deprogrammierungsstrategie, als eine Ausgrenzung, die mit staatlicher Hoheit über die (Nicht-)Zulassung zum Pluralismus verfügt; das ganze Extremismuskonzept ist nichts anderes als die wissenschaftliche Verbrämung eines Feindbildes. Und auch einzelnen Ansätzen wie der „akzeptierenden Jugendarbeit“ oder Begegnungsveranstaltungen in der Erwachsenenbildung ist der manipulative Gedanke nicht fremd: Teilnehmer sollen nicht mit Argumenten überfrachtet, sondern durch Animations- oder Motivationstechniken quasi unmerklich zu Einstellungsänderungen gebracht werden. Der breite Konsens, „dass überzeugte Rechtsextreme durch Argumente nicht zu erreichen sind“ (Milbradt u.a. 2017, 13), offenbart „das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus“ (Huisken 2012, vgl. Schillo 2016).

Natürlich teilt die AfD Ausschluss- oder Ausgrenzungsstrategien sofort, wenn sie „gegen Links“ gehen – was immer das Etikett konkret heißen mag. Streichung von Zuschüssen oder ihre Umwidmung für Projekte, die der nationalen Sache dienen, sind dann probate Mittel. Auch der inhaltliche Hauptpunkt, die Schlussstrich-Propaganda oder die Forderung nach einer „Renovierung der Erinnerungskultur“, ist kein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Ganz im Gegenteil, er ist seit Jahrzehnten fester Bestandteil der politischen Kultur und auch der fachlichen Debatten in der Bildungsszene (vgl. Ahlheim 2014). Die provokative Zuspitzung in Höckes Rede, die Forderung nach einer 180-Grad-Wende der deutschen Erinnerungskultur, die mit einer Polemik gegen die Weizsäcker-Rede vom Mai 1985 verbunden war, wirkt geradezu gedämpft im Vergleich mit entsprechenden Äußerungen z.B. christlich-sozialer Politiker.

Die Schlussstrich-Propaganda oder die Forderung nach einer „Renovierung der Erinnerungskultur“, ist kein Alleinstellungsmerkmal der AfD

In seiner Rede knüpfte Höcke explizit an die Polemik von Strauß an, die dieser 1986 im Rückblick auf die Weizsäcker-Rede vorgetragen hatte – wohl, wie die *Die Zeit* (5.12.1986)

mutmaßte, von dem Erfolg der „Republikaner“ überrascht: „Die Vergangenheit, so plädierte er ungeniert vor der CSU in München, müsse man ‚in der Versenkung, oder Versunkenheit, besser gesagt‘, verschwinden lassen. Sicher habe die deutsche Politik ‚Fehler bis in den Bereich des Verbrecherischen hinein‘ begangen, ließ Strauß seine Zuhörer wissen. Aber ‚die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe lähmt ein Volk! Deshalb ist es auch falsch, wenn die Deutschen sich immer als die Prügelknaben der Welt betrachten müssen... Wir sind eine normale, tüchtige, leistungsfähige Nation, die das Unglück hatte, zweimal schlechte Politik an der Spitze ihres Landes zu haben.“ Den Büßerpunkt ließ Hoecke weg. Und dass man die NS-Zeit in der Versenkung verschwinden lassen sollte, schien ihm wohl auch zu gewagt. Ansonsten ist sein Programm – und das der Partei, die in diesem Punkt nicht von ihrem Rechtsaußen-Mann abweicht – die Wiedervorlage eines nationalistischen Anliegens, das als ständige Mahnung die politische Pädagogik in Deutschland begleitet.



Literatur

- AfD 2016: Programm für Deutschland – Das Grundsatzprogramm. Online: <https://www.alternativefuer.de/programm/>.
- AfD 2017: Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag – Leitantrag. Online: <https://www.alternativefuer.de/leitantrag-wahlprogramm/>.
- Klaus Ahlheim 2014: Ver-störende Vergangenheit – Wider die Renovierung der Erinnerungskultur. Hannover.
- Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hg.) 2012: Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Hannover.
- Freerk Huisken 2012: Der demokratische Schoß ist fruchtbar... Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus. Hamburg.
- Björn Milbradt u.a. (Hg.) 2017: Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen u.a.
- Johannes Schillo 2007: Humba Humba DäDeRä – Die politische Bildung bewältigt das Unrechtsregime mit drei Buchstaben. In: Utopie kreativ, Nr. 203, S. 942-950.
- Johannes Schillo 2016: Nationalismus „im Aufwind“, IVA, Texte2016, online: https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts16#nationalismus_%E2%80%99Eim_aufwind.

Über den Autor

Johannes Schillo (* 1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

Veröffentlichungen:

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

Kontakt:

schillo@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com